

Aufwärts

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Vierteljährlich, keine eigenen Postamt befreit. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzelle oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 214.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 12. September 1930.

12. Jahrgang.

Ungebuld, ach ja, die liebe!
Geht denn je was, wie man denkt?
Aber bleibst du zusehst, hat der
Tag dir doch etwas geschenkt!

Was denn tut es viel fürs Ganze,
wenn's einmal wo stockt und staut?
Nack und denk: Was dauern soll, ist
nie an einem Tag gebaut.

Caesar Flaischlen.

Was bringen die Wahlen?

— Vorhersage eines Demokraten. —

In der Zeitschrift „Die Tat“, die seit ihrem Bestehen für eine Sammlung der Mitte kämpft, schreibt ein Mitarbeiter, dessen Feder eine klare, selten vornehme demokratische Gesinnung verrät, über den voraussichtlichen Ausgang des gegenwärtigen Wahlkampfes unter anderem folgendes:

„Freitag, den 18. Juni 1930: Auflösung des Reichstages! Ein Fenster scheint eingeschlagen. Draußen aber tobt ein Gewitter, und ein kalter Luftzug fegt durch den Raum. Man merkt plötzlich, wie die Vertreter des Volkes sich aufzuraffen versuchen, wie sie nach Worten ringen, wie sie nach einer Größe suchen, die ihnen sonst fremd ist.“

Die latente Staatskrise, die riesenhaft aufsteigende Wirtschaftskrise, die Vertrauenskrise im Volk und nicht zuletzt die praktische Ergebnislosigkeit von Neuwahlen — das alles scheint gegen die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung zu sprechen. Noch niemals sind wir in Deutschland so haltlos und ohne Ziel in Neuwahlen hineingetaumelt wie diesmal. Und trotzdem: diese Auflösung war notwendig! Es gibt Situationen im Leben, in denen im Interesse der Gerechtigkeit, der Klarheit und der Moral das Notwendige zu geschehen hat, selbst wenn es zunächst nur zur Katastrophe, nur ins Negative zu führen scheint. Ein Ausweichen, ein Kompromiß vermögen die Entwicklung nur vorübergehend aufzuhalten, sie verschärfen aber dafür die Katastrophe.

Werden diese Wahlen eine Entscheidung oder zu mindest eine Veränderung bringen, die die hoffnungslose Situation des vorigen Reichstages bessert und die Verhältnisse in einem Sinne ändert, der ein gewisses Maß von Arbeitsfähigkeit garantiert? — Wo müßte diese Entscheidung liegen? Im Bürgertum, also in jenem Bestandteil des Volkes, der sich in vier Parteien aufgeteilt hat: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten. Die Wendung zur Innenpolitik und das Nachlassen der außenpolitischen Spannung haben im Bürgertum einheitlich die Tendenz durchbrechen lassen, sich von der Sozialdemokratie wieder offen zu distanzieren. Das Bürgertum befindet sich auf sich selbst und distanziert sich gegenüber der Linken. Es kann nur auf Erfolg rechnen, wenn es einen entsprechenden Machtzuwachs erfährt, sodaß es sich auch zahlenmäßig behaupten kann. Die Wahlen werden also um die Frage geführt: Ist ein starker einheitlicher Bürgerblock möglich und hat er Aussicht, eine Mehrheit zu erhalten, um sich behaupten zu können?

Die bürgerlichen Parteien verlieren von 1919 bis 1928 tatsächlich 11,6 Prozent der gesamten Wählerschaft, d. h. 26,5 Prozent der bürgerlichen Wähler. Das Schwergewicht des bürgerlichen Lagers verlagert sich fortlaufend nach dem rechten Flügel hin. Demokraten und Zentrum verlieren an Einfluß. Die Luft zwischen dem Bürgertum und der SPD wächst ständig. Darüber tauschen keine Phrasen hinweg.

Hier spielt die Stellungnahme der Jugend eine große Rolle. Seit 1919 sind neun starke Jugendzünge in das politische Leben eingerückt. Der neue Klan, den die Jungwähler in die Politik brachten, ist lediglich bei den radikalen Parteien zu spüren. Er fehlt bereits bei der SPD, obwohl bei ihr und beim Zentrum die Organisation noch viele Jungwähler bindet und diszipliniert. Er fehlt aber völlig bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Die politische Idee des Bürgertums verliert sowohl die Kraft, die Wähler an die Urne zu bringen als auch den Elan, die Jugend an sich zu fesseln. Sie vermag die Stände nicht mehr bei der Fahne zu halten, noch ist sie imstande, die Radikalisierung aufzuhalten.

Wir halten die kommenden Wahlen für den Beginn einer sehr schnellen und hastigen Entwicklung, in der das Schicksal des deutschen Bürgertums oder besser: der deutschen Mittelschicht entschieden wird. Wir sehen plötzlich, daß das Bürgertum die Gefahr seines endgültigen Unter-

ganges begriffen hat und wir sehen eine Entwicklung einsehen, die diesen Untergang aufhalten soll. Allerdings — man braucht dazu eines jener drei Mittel: eine feste Organisation, eine zündende Idee oder — Geld. Da das Volk heute ein sehr feines Gefühl für diese Dinge hat, so werden sich die neuen Formationen selbstverständlich nicht lange behaupten und wenig Stimmen gewinnen, womit dieser Aufbruchspruch vorläufig zu nichts anderem als zu einer Beschleunigung des Zerfallsprozesses führt. Wir sehen voraus, daß alle jene Parolen: Sammlung, Einigung, Staatsbürgertum und Jugend in Kürze so verbraucht und abgenutzt sein werden, daß man über sie die Achseln zucken wird. Schon bei den nächsten Wahlen werden sie verbraucht sein. Wir sehen ferner heute noch nicht die Möglichkeit, eine so umfassende politische und wirtschaftliche Ideologie zu entwerfen, die man als neues Staatsprogramm zur Debatte stellen könnte. Was bleibt? Das Ständische! Wir sehen vorläufig keinen anderen Weg, als die Organisation der Mittelschicht nach Ständen und Berufen.

Wir sehen, daß die bürgerliche Sammlungsaktion bisher nichts anderes erreicht hat, als eine um so größere Zersplitterung. Statt einer deutschnationalen Partei existieren heute fünf Gruppierungen. Wir haben heute genau die doppelte Zahl bürgerlicher Parteien, bezw. Splitterparteien wie 1919. Wenn man so weiter sammelt, wird das bürgerliche Lager bald aussehen wie ein großer Trümmerhaufen. Am besten fundiert scheint noch die konservative Partei Westarp-Treviranus. Die Person des Grafen Westarp bürgt dafür, daß der alte Konservatismus hier eine Heimstätte gefunden hat im Gegensatz zu dem industriellen Patenitum neuerer Prägung. Und Treviranus selbst hat Verständnis für das, was sich heute anbahnt, und er ist persönlich integer. Die Partei selbst ist und kann nichts anderes sein als eine Durchgangssituation, ein Uebergangsstadium, das durch die Wahlen vorläufig zusammengefügt werden mußte. Sie hat im Christlich-sozialen Volksdienst und im DSV gute und geschlossene Organisationen hinter sich und ist außerdem eng mit dem Bauerntum liiert.

Als zweite Gruppe innerhalb des Bürgertums stellt sich die Staatspartei vor, die durch Verschmelzung der Demokraten mit dem Jungdeutschen Orden entstanden ist und einige, zahlenmäßig geringe jüngere Intelligenzgruppen in sich aufgenommen hat. Sie stellt den Versuch dar, noch einmal mit den alten Mitteln weltanschaulicher und politischer Ideologien die Massen um sich zu scharen. Daß wir einen solchen Versuch für aussichtslos halten, ist in den bisherigen Ausführungen hinlänglich geschildert worden. Diese Partei hat in ihrer heutigen Gruppierung keine Zukunft. Sie hat auch in der kurzen Zeit ihres Bestehens alle Umfitten des alten liberalen Bürgertums zutage treten lassen. Sie wurde mit einem Coup und einem großen Aufwand an Propaganda gestartet, sie überstürzte sich bereits am ersten Tage als Partei der jungen Generation, und sie lief plötzlich leer und mußte feststellen, daß es mit Lärm allein heute nicht mehr geht. Sie will das Bürgertum sammeln; daß sie es mit liberalen Methoden versucht, hat zum Erfolg, daß sie im Grunde das Bürgertum weiter zerlegt und aufspaltet. Sie hat keine einzige ständige Organisation hinter sich außer einigen Funktionären, die jedoch nur für sich selbst und nicht für ihre Verbände garantieren können. Sie hat lediglich die Organisation des Jungdeutschen Ordens und den Parteiapparat der Demokraten hinter sich. Auch die zündende neue Parole fehlt, es sei denn, daß man feststellt, wie diese Partei das Wort „Jugend“ zu Tode hegt.

Werden die Neuwahlen eine Entscheidung bringen? Die kommenden Wahlen sind für die heute bestehenden politischen bürgerlichen Parteien aussichtslos. Das Bürgertum wird in seiner Gesamtheit weiter zerrieben werden. Daß die eine bürgerliche Partei der anderen Stimmen abjagt, damit ist es ja nicht getan, das ist ja nur eine Verrechnung in sich, die dem Gesamtbürgertum nicht zugute kommt. Damit ändert sich im Grunde nichts! Im Gegenteil, das Gesamtbürgertum ist bei den nächsten Wahlen das große Jagdfeld des Nationalsozialismus, der ihm, gering gerechnet, mindestens 20 Mandate fortzuschaffen wird. Dabei ist die Abwanderung zur SPD und das wahrscheinliche Anwachsen der Reichwähler noch gar nicht einkalkuliert. Selbst wenn man die Nationalsozialisten in die bürgerliche Front mit einbezieht, wird man gerade nur etwas über die absolute Mehrheit erhalten. Das Bürgertum ruht in den kommenden Wahlen nach rechts, aber es schrumpft dabei gleichzeitig weiter zusammen! So sieht das Ergebnis der kommenden Wahlen aus.

Wie soll denn die kommende Regierung aussehen, wo soll denn Brünning eine Mehrheit finden? Er steht

zwischen zwei Möglichkeiten: entweder die Nationalsozialisten mit in die Regierung zu nehmen oder die Sozialdemokraten. Vom rechten Zentrum ab nach rechts spielt man mit der ersten Möglichkeit. Sie würde bedeuten, daß die Nationalsozialisten mindestens Einfluß auf das Reichswehrministerium und das Innenministerium verlangen werden, um ihre Ziele auf legalen Wege weiter zu verfolgen. Daß sie praktisch durchführbar ist, erscheint nicht ganz wahrscheinlich. Aber auch die 2. Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verspricht nicht viel Erfolg. Denn selbst, wenn sie zustande käme, hätten wir doch nur wieder eine Regierung, die durch ihre inneren Gegensätze sehr bald arbeitsunfähig sein würde und sich wieder in unfruchtbaren, endlosen Kompromißverhandlungen erschöpfen würde. In ruhigen Zeiten könnte sich diese Regierung wohl etliche Zeit behaupten, aber man darf nicht vergessen, daß wir mit dem kommenden Winter in Deutschland den Engpaß betreten, dessen Ausgang wir noch nicht zu sehen vermögen. Die aktuellen Probleme des Defizits und einer Arbeitslosenzahl von vielleicht 5 Millionen lassen sich nicht mehr auf dem Wege des parlamentarischen Kuhhandels lösen, sie erfordern eine starke, unabhängige Regierung. Eine Regierung nach rechts aber hätte die SPD und die Kommunisten gegen sich, vielleicht auch die Staatspartei. Eine Regierung der „Großen Koalition“ hätte beide radikalen Lager rechts und links gegen sich, während die Gegensätze in ihren eigenen Reihen wachsen würden. Wo ist da der Ausweg. Er ist vorläufig nicht zu sehen. Der mit politischen Mitteln abzusehende Erfolg der kommenden Wahlen werden — Neuwahlen sein, die wiederum keine Entscheidung bringen.

Man muß sich die Dinge einmal ohne die heute so beliebten Illusionen und ohne einen durch nichts begründeten Optimismus klar gemacht haben, man muß einmal vor die Wand gekommen sein, vor der es nicht weiterzugehen scheint — um den Ernst der Zeit und die Schwere der Krise begriffen zu haben. Wir steuern einer Zeit entgegen, wo als letzter Ausweg nur noch der bleibt: ohne Rücksicht auf Parlaments- und Koalitionsmöglichkeiten stark, reformatorisch und unabhängig zu regieren! Das ist das O unserer demokratischen Weisheit, dort sind wir am Ende, das ist der Schlusstein.“

Die evangelische Frau und die Reichstagswahl.

Der „Christlich-soziale Volksdienst“ hat u. a. auch ein Flugblatt unter die Wählermassen verteilen lassen, das die Ueberschrift „Die evangelische Frau und der Evangelische Volksdienst“ trägt und von Frau Pastor Noa-Siegen verfaßt ist. Frau Pastor Noa schreibt in diesem Flugblatt, der Christliche Volksdienst wolle „durch Zeugnis und Dienst, d. h. durch Evangeliumsverkündigung in jeder nur möglichen Weise und durch Mitarbeit im Volks- und Staatsleben den Weg zur Rettung unseres Volkes zeigen und bahnen. . . . Darum erstrebt der Volksdienst den politischen Zusammenschluß aller derer, die mit Ernst Christen sein wollen, um möglichst viele Männer und Frauen in den Reichstag zu bringen, die dort unerschrocken und unbehindert durch Parteirücksichten die deutsch-evangelische Sache vertreten. . . . Evangelische Frauen, gebt bei der kommenden Wahl nur christlichen Persönlichkeiten eure Stimme! . . . Es sollt euch als evangelischen Frauen besonders am Herzen liegen, durch die Wahl bewußt evangelischer Vertreter, gläubiger Christen, die Lebenskräfte des Evangeliums in unserm Volke zur Entfaltung zu bringen. . . . Zeigt, daß ihr eure Pflicht als Frauen und Christinnen gegenüber Staat und Volk erkannt habt und folgt bei der Wahl nur eurem an Gott und Sein Wort gebundenen Gewissen. Gebt am 14. September eure Stimme der Liste 17, Evangelischer Volksdienst.“

Dieses Flugblatt hat eine ganze Reihe von überzeugten Christen der anderen Parteien, die ja ebenfalls — soweit sie rechts des marxistischen Flügels stehen — für die Belange der Kirche und des Christentums zu kämpfen versprochen haben, auf den Plan gerufen. Auf ganz besonderen Wunsch drucken wir nachstehend die Erwiderung einer deutschen Christenfrau ab, die nach wie vor im deutschnationalen Lager steht. Sie schreibt:

„Am Sonntag, den 7. September, wurde bei Verlassen einer Bielefelder Kirche mir, wie sämtlichen Frauen, ein Flugblatt in die Hand gedrückt, mit der Aufforderung, die Reichswahlliste 17 zu wählen. Schon dieser Ort der Verteilung an der Kirchentür, noch mehr die Abfassung des Flugblattes mußten den Eindruck erwecken, als ob entschiedene christliche Persönlichkeiten nur unter den Kandidaten der Liste 17 zu finden seien. Das ist irrefüh-

rend. Wenn es hier den evangelischen Frauen geradezu zur Gewissenspflicht gemacht wird, sich am 14. September für die Liste 17 zu entscheiden, so bedeutet das, daß sie ihre bisherigen bewährten Führerinnen verleugnen sollen, bewährt in jahrelanger Leitung der evangelischen Frauenverbände und ebenso bewährt in jahrelanger politischer Arbeit in den Parlamenten. Und es ist undankbar im Hinblick auf die große Arbeit, die diese Frauen bereits geleistet haben, im entscheidenden Augenblick unsere Führerinnen im Stich zu lassen, die wir durch Wort, Schrift und Tat als bewußt evangelisch und als fähig zu politischer Arbeit kennen, um die uns vielleicht ganz unbekannten Vertreter der Liste 17 zu wählen, bloß weil uns ein Flugblatt des Evangelischen Volksdienstes ihre evangelische Gesinnung verbürgt. Oder steckt hinter dem Verschweigen der Namen dieser evangelischen Führerinnen etwa gar ein politischer Grund? Lehnt der evangelische Volksdienst sie ab, weil sie politisch rechts stehen? Soll es heißen: ernste Christen, wie sie der Evangelische Volksdienst entfenden will, müssen in den politischen Entscheidungen eine Politik der Mitte vertreten? Oder: ernste Christen dürfen in den großen politischen Fragen der Innen- und Außenpolitik überhaupt keinen bestimmten Standpunkt haben? Das erste dürfte den Grundsätzen des Evangelischen Volksdienstes nicht entsprechen, und das zweite wäre nur bei vollständigem Mangel an politischer Begabung dankbar, ist also als Forderung sachlich unmöglich. So fehlt jeder Grund, den bekannten evangelischen Parlamentarierinnen die Gefolgschaft zu verlagern. Ich möchte daher — vor allem die Frauen in den evangelischen Verbänden — bitten: Entzieht euren bisherigen Führerinnen, denen ihr soviel verdankt, euer Vertrauen nicht, sondern helft durch eure Stimme mit, daß ihnen weiter die Möglichkeit gegeben wird, aus ihrem an Gott gebundenen Gewissen heraus in ernster Verantwortung dem Volk und dem Staat zu dienen! G. Pape.“

Dieser kleinen Auseinandersetzung lassen wir nun doch auch noch den Artikel einer treuen Leserin unseres Blattes, die sich zum „Christlichen Volksdienst“ bekennt, folgen. Der „Christliche Volksdienst“ ist doch nun einmal auch aus der Notlage herausgeboren, daß manche Frauen glaubten, den Führerinnen, die an ihren alten Parteien festhalten, nicht mehr folgen zu können. Zu diesen Frauen gehört auch wohl die Verfasserin des nachfolgenden Artikels und es ist sicher beachtenswert, was sie zu sagen hat.

Vom Wahlrecht der Frau zur Wahlpflicht.

Von Magda von Hinderlin.

Schon über ein Jahrzehnt ist die deutsche Frau als vollwertige Staatsbürgerin anerkannt und im Besitz des politischen Wahlrechtes. Und doch enthalten sich gerade aus den bewußt christlichen Kreisen noch so viele Frauen der Ausübung dieses Rechts.

Woher kommt das und wohin führt das?

Die erste Ursache dieser Erscheinung liegt wohl schon in der Vorgeschichte des Frauenstimmrechts. Die sozialistische Frau war durch das Parteiprogramm ihrer männlichen Arbeitsgenossen schon frühzeitig in das politische Leben eingegliedert worden; die Forderung des Frauenstimmrechts war daher für sie eine Selbstverständlichkeit, ein von den übrigen Zielen der Partei Untrennbares, dessen Verwirklichung zugleich mit der der übrigen Programmpunkte erstrebt werden mußte. — Die bürgerliche Frauenbewegung bekannte sich in einzelnen Führerinnen ebenfalls schon früh zu dieser Forderung, sie stellte sie im ganzen aber zunächst noch mehr in den Hintergrund, und erst in dem Maße, als die Frauenwelt sich mehr und mehr Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten zu gewinnen und zu sichern suchte, wurde das Wahl-

recht als notwendige Folgerung, als der Schlüssel zur weiteren Erschließung eines Berufes, sowie zur wirtschaftlichen und rechtlichen Sicherung ihrer Bestrebungen erkannt, zugleich auch als Schlüssel für die Gleichstellung der Frau im öffentlichen Leben. So bildeten sich zunächst innerhalb der gesamten bürgerlichen Frauenbewegung einzelne Gruppen und Verbände, die sich die Gewährung des Stimmrechts an die Frau als Hauptziel ihres Strebens setzten. Natürlich fanden sich wohl auch in diesen Kreisen schon einzelne ernste christliche Frauen als Mitkämpferinnen; aber die organisierte christliche Frauenbewegung, die auf evangelischer Seite durch den Deutsch-Evangelischen Frauenbund vertreten wurde, nahm diese Forderung nicht in ihr Programm auf; ja, als später die gesamte, im Bund deutscher Frauenvereine zusammengeschlossene bürgerliche Frauenbewegung sich einmütig zu dieser Forderung bekannte, war gerade dieser Umstand der Anlaß zur Ablösung des D.E.F., der bis dahin dem B.D.F. als rechter Flügel angehört hatte. Man kann zusammenfassend sagen: Die organisierte evang. Frauenbewegung hat das politische Wahlrecht nicht erstrebt.

Von dem Zeitpunkt an, wo die Weimarer Verfassung dann aber der Frau das politische Wahlrecht zuteilte, erkannten die evangelischen Führerinnen die Ausübung dieses Rechts als eine neue Aufgabe, die ihnen von außen her gestellt wurde und für deren Erfüllung sie nach bestem Wissen und Wollen, mit aller Kraft und persönlichem Opferwillen zu streben hatten, wenn der bewußt christliche Einfluß innerhalb des politischen Lebens nicht stark hinter den Beeinflussungen verschiedenster Weltanschauungen zurücktreten sollte. In selbstloser Hingabe, nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern aus dem dienstbereiten Pflichtgefühl ernstlichen Christentums stellten sich dann auch sofort bewußt christliche Frauen, die als Führerinnen auf weiten Arbeitsgebieten nicht nur viele evangelische Frauen, sondern auch eine ganze Anzahl evangelischer Männer als vertrauensvolle Anhängerin hinter sich hatten, zur Aufstellung auf die Listen für die Reichstags- und Landtagswahlen bereit. Wir brauchen nur an die weit über ihre Parteigruppen hinaus bekannten und geschätzten Namen von Frau D. Paula Mueller-Ostfried, D. Magdalena von Tiling, Margarete Behm erinnern, deren Tat und Mitarbeit so viele Gesehensvorlagen, zumal bei solchen, wo es sich um den Schutz christlicher Sitte, den Bestand der christlichen Familie und Schule, das Eintreten für Frauenarbeit und für die Aufbesserung der Lage der Kleintrentnerinnen handelte, fördernd und erfolgreich hervorgerufen ist, um uns zu vergegenwärtigen, wie notwendig und unentbehrlich die Vertretung der christlichen Frauennwelt in den Parlamenten ist. Neben den genannten wäre noch so manche bewußt christliche Abgeordnete anzuführen, die in der einen oder anderen Partei nach bester Kraft im Sinn christlicher Weltanschauung gearbeitet hat. Gleichzeitig wurde durch das Vorbild und durch den Einfluß solcher Frauen dafür gesorgt, daß in den weiten Kreisen aller in Vereinstätigkeit organisierter evang. Frauen das Bewußtsein der Wahlpflicht geweckt und immer wieder neu gestärkt wurde.

Und doch hielten sich noch so viele ernstchristliche Frauen von der Ausübung des Frauenstimmrechts zurück!

Wohin führt das?

Nach dem Vorausgeschickten kann es uns nicht verwundern, daß die Gewährung des Frauenstimmrechts zunächst den politischen Parteien, die es gefordert oder begünstigt hatten, einen großen Zustrom von Wählerinnen bringen mußte, also der gesamten politischen Linken, von Kommunismus und Sozialdemokratie bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein. Auch für das Zentrum bedeutete es bald eine starke numerische Verstärkung der Wählerschaft. Wohl hatte sich der katholische Frauenbund, ähnlich wie der Deutsch-Evangelische, von der Forderung des Frauenstimmrechts zurückgehalten, aber der enge Zusammenhang zwischen der katholischen Geistlichkeit und dieser Partei und die Einwirkung der katholischen Kirche auf die katholische Frauen-

bewegung trug dazu bei, daß deren Gesamtheit schnell und überzeugend zu der Erkenntnis: Wahlrecht ist Wahlpflicht (und für den katholischen Christen bedeutet das in erster Linie Wahlpflicht für das Zentrum) geführt wurde. Wir freuen uns, daß dadurch auch von jener Seite manche wertvolle christliche Frau dem politischen Leben zugeführt wurde; wir wünschen, daß deren Einfluß innerhalb ihrer Partei sich stärker dahin geltend machen möchte, daß überzeugte Christen beider Konfessionen über manches Trennende hinweg in Eintracht gemeinsam mit aller Kraft dahin streben, daß Gesetzgebung und Gestaltung des öffentlichen Lebens erkennen ließen, daß im deutschen Volk das Christentum die bestimmende geistige Macht sein soll.

Vor allem aber beklagen wir es, daß die Zurückhaltung so vieler evangelischer Wählerinnen dazu beigetragen hat, daß das gesamte polit. Leben, die Methoden des Parteikampfes, die Zusammensetzung der Parlamente, die Gesetzgebung und die von ihr so vielfach abhängige Lebenshaltung so wenig von wahrhaft christlichem Geiste erkennen lassen. Die evangelischen Frauen, die bisher nicht den Weg zur Wahlurne gegangen sind, sollten sich nun endlich darüber klar werden, daß sie sich dadurch mitschuldig machen an so vielen jener abwegigen Erscheinungen im öffentlichen und im Familienleben, von denen sie sich persönlich mit Angst und Abscheu abwenden.

Sie sollten verstehen, daß sie durch ihre Nichtbeteiligung bei den Wahlen dem Antichristen, ob er nun mit offenem Visier als Gottesläugner oder mit geschlossenem als falscher Prophet und Verkünder aller möglichen Erschwerungen auftritt, in die Hände arbeiten, anstatt ihm Männer und Frauen entgegenzuschicken, die auch auf dem politischen Kampfplatz sich um die Fahne Christi scharen und gewillt sind, auch als Abgeordnete aller Schichten des deutschen Volkes sich in ihrem Handeln einzig vom Evangelium her bestimmen zu lassen.

Nun das Wahlrecht zur Wahlpflicht geworden ist, bedeutet die Stimmhaltung jeder evangelischen Frau eine Schädigung des christlichen Einflusses im öffentlichen und politischen Leben.

Dessen eingedenk sollten alle christlichen Frauen bei den bevorstehenden Wahlen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Vor der Wahl sollten sie sich vergewissern, ob die Partei, der sie ihre Stimme geben wollen, ernst christliche Abgeordnete auf ihre Liste gesetzt hat.

Frauen, die in den Reihen ihrer bisherigen Partei die bewußt energische Durchdringung und Auswirkungsmöglichkeit christlicher Grundsätze vermist haben, und die große Zahl derer, die bisher zaudernd zurückstanden, sollten sich dem Christlich-sozialen Volksdienst anschließen, der zum erstenmal seine eigenen Abgeordneten in den Reichstag entfenden will.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit als Christen mögen die evangelischen Frauen sich darauf vorbereiten, am 14. September nach gewissenhafter Prüfung, reines Herzens und festen Willens dem deutschen Volk und Staat im Namen ihres Herrn und Meisters zu dienen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

2873 000 Arbeitslose am 31. August.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat in der zweiten Augusthälfte die Belastung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge etwas zugenommen. Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung hält sich mit rund 11 000 Köpfen in den Grenzen der vorjährigen Bewegung. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um etwa 20 000 gestiegen. Damit hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstützten erreicht. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden ist auf 2 873 000 gestiegen.

kündigung des Evangeliums. Wer heute in einer größeren Jugendarbeit steht, kennt die Schwierigkeiten der Verkündigung, die uns bittere Not macht. Immer wieder wird die Frage nach dem „Wie“ gestellt, und ebenso häufig werden Antworten gegeben, neue Methoden und Wege aufzuweisen. Aber hier geht es um Allerleystes, um das Evangelium selbst. Auf den lebendigen Christus kommt es an, daß er lebensnahe und lebenswahr verkündigt und bezeugt werde.

Als Ausklang hörten wir noch von unserem Geschäftsführer Herrn cand. phil. et theol. Gerhard Goldmann etwas Theoretisch-Praktisches: Erstes und Heiteres zur Problematik der Vorurteile gegen die christliche Jungmännerbewegung. Seine Worte fassen noch einmal alles zusammen und weisen hin auf den uns gegebenen Auftrag zum verantwortungsbewußten Dienst an notvoller deutscher Jugend.

Gleich im Anschluß an die Tagung war das große reichsdeutsche Jungvolklager, zu dem 600 Jungens aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Mancher SMVler, der nicht durch andere Aufgaben gebunden war, hat in diesem Lager bescheiden seine Dienste getan, dadurch, daß er mit den Jungens in ihrer Weise lebte und sie durch den Dienst am Wort hinweisen durfte auf das Geheimnis: Einig und unüberwindlich.

In diesem Zusammenhang möchten wir hinweisen auf das Erscheinen einer Broschüre, die den Gedankenentwurf unserer Tagung enthält. Sie trägt den Titel: Studenten-Arbeitsgemeinschaft als moderne Jugendführung. Besonders zu erwähnen ist der Original-Beitrag in ihm von unserem Ehrenmitglied Herrn Professor Dr. Joseph Wittich-Schlegel: Den Herrgottstudenten in Neu-Saarow zum Gruß. (Eine geistvolle Interpretation der Joseph-Wittich-Literatur durch den Autor.) Die Schrift erscheint in geschmackvoller Ausführung im Pflugschar-Verlag Kassel-Wilhelmshöhe.

Bericht über die 3. Tagung der Studenten-Arbeitsgemeinschaft Stag in Neu-Saarow.

Vor zwei Jahren war es das erste Mal, wo sehr stark das Bedürfnis empfunden wurde, mit unserer Arbeitsgemeinschaft, die aus einem Freundeskreis von Studierenden C.A.J. Merz an der Universität Berlin hervorgegangen ist, an die Öffentlichkeit zu treten. So sammelten wir alle die um uns, Freistudenten, C.S. Ver und Verbindungsstudenten, die in gleicher Weise mit uns die Verantwortung für den Dienst an der Jugend im evangelischen Jungmännerwerk. Größtenteils kamen unsere Freunde aus einem C.A.J.M. oder Jungmännerverein, wo sie in lebendiger Verbindung und enger Gemeinschaft mit dem werktätigen Bruder standen. Die Erfahrung lehrt nun, wie schnell der Student auf der Universität durch die neuen Aufgaben, die er zu erfüllen hat, die Fühlung mit dem jungen werktätigen Menschen verliert und das vielfach so sehr, daß nach den ersten Jahren des Studiums schon jegliches Verstehen für unsere Arbeit verloren gegangen ist. In einer solchen Zeitspanne ändert sich nicht nur der Student in seiner Entwicklung, sondern auch die Jugend um ihn herum, die den verschiedensten Einflüssen sportlicher, politischer und weltanschaulicher Art ausgesetzt ist. Um diese Entfremdung zu verhindern, mußten wir deshalb den Weg gehen, all die Studenten, die aus unserer Bewegung kamen und auch die, die mit uns bereit waren, die Verantwortung für unsere Jugend zu tragen, zu sammeln und zusammenzuschließen zur Studenten-Arbeitsgemeinschaft Stag im Reichsverband evangelischer Jungmännerbünde.

Zum dritten Mal hatten wir uns seit dem Bestehen der Stag zur Studententagung zusammengefunden, die wir in den beiden Vorjahren in Lübbenau im Spreewald abhielten, nun aber im neuem

benen Reichsjugendlager Neu-Saarow. Sie stand unter dem Thema: Moderne Jugendführung. Bedeutende Jugendführer sprachen über die brennenden Fragen und Probleme, die gegenwärtig im Brennpunkt unserer evangelischen Jugendarbeit stehen. Reichssekretär Paul Herzog-Kosell hatte gemeinsam mit Herrn Dr. Muntau-Celle das Thema: Fieber und Heil in der modernen Jungmännerwelt. Ein nüchternes, klares, aber darum auch ein umso ergreifenderes Bild der heutigen Jugend in ihrem Fieber, in ihrer Krankheit, in ihrem Verfall und Niedergang entstand vor unseren Augen. — Ihre Not!

Und ihr Heil? — Es ist in keinem anderen Heil, auch nicht für die moderne Jungmännerwelt, als allein im Christus.

Ueber die eigentliche Jugendarbeit hinaus führten uns die beiden Referate von Herrn Generaloberarzt a. D. Dr. med. Georg Bonne-Hamburg und Herrn Professor Dr. med. Ottfried Mueller-Tübingen, wo einerseits unser Blick hingelenkt wurde auf unser Volk in seinem Leben und Sterben, Werden und Vergehen und andererseits auf die entscheidende Bedeutung des lebendigen Christentums für den Arzt.

Außerordentlich wertvoll und anregend war der Vortrag von unserem Reichssekretär D. Lic. Erich Stange über: Statik und Dynamik eines weltweiten Jugendwerkes. Er führte uns hinein in die ganze Problematik unseres Werkes, die zu erkennen ist in dem Verhältnis beider zu einander, nämlich desjenigen, was fest, unwandelbar und unbeweglich steht, unserer Volksgemeinschaft zu der vorwärtsdrängenden Kraft, zur dynamis, die wohl in verschiedener Weise, aber zu allen Zeiten durchaus lebendig wirksam war. Wo immer die Volksgemeinschaft gehört wird, entsteht in der Jugend quellfrisches Leben von gewaltiger Macht und Wirksamkeit.

Mehr auf die Praxis zielte die Vortragsreihe von Herrn P. D. Le Seur-Eisenach hin: Jugendgemäße Ver-

Wer etwa da
S.P.D. sei die
Deutschlands, d
Partei der N
wir aus nebe
erschen — un
Stimmen stärk
deren überrag
der deutschen
sich gerade nich
deutschen Volk
Wer mit der C
politischen, wirt
gialen Verhältn
ist und seiner
Zernbleiben v
Ausdruck zu ge
lich darf sich ni
sich das Schicks
mer trostlos
lich in einem C
sen Herbeifüh
„Partei der J
vielleicht noch
anteil hat
jene politisch
teien. Die Fra
wählen solle
Wahlkampf w
zu beantworten
Jahr einer Poli
mehr oder n
übertragenden
mus und des l
gels stand. W

Di
reichsta
Diensttagaben
Zentrums im
schiedenen Fr
fentlichkeit w
gerichtet wor
Der Na
wortung an
an die Frage

richte, wie
verordnung
rung stellen
Gegenfrage
möglichkeiten
bleiben.

Zu der
von den D
Reichsregieru
zialdemokrat
Ausprache b
Antwort geg
darauß an
ten, zusam
Tiefer Ant
zufügen.

Die

Hitler-

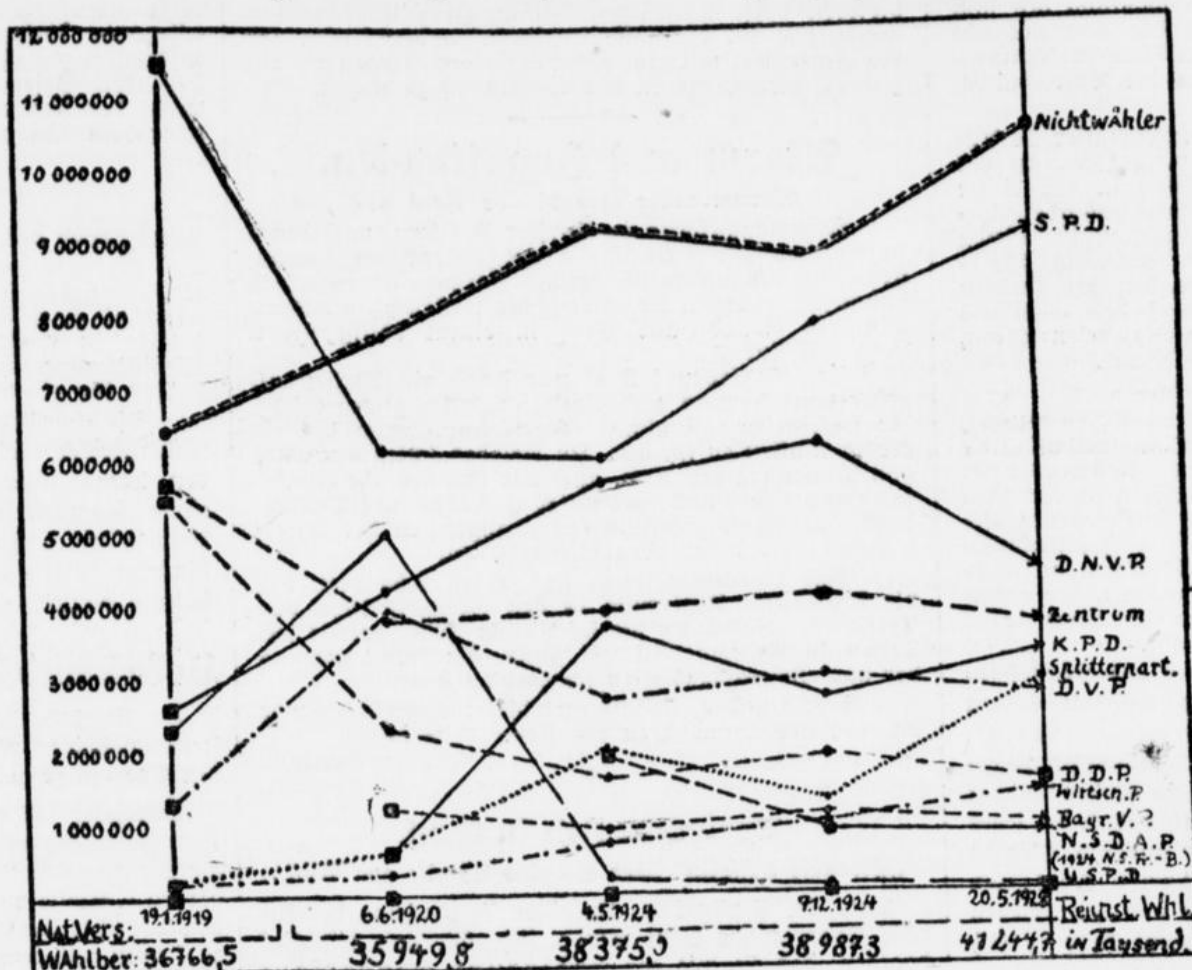
Berlin
fand am 14.
Nationalsozi
Hitlers St
der Karteno
überfüllt
mit Mühe g
hör zu vers
1918 zurück
Volkes in
sei. Diesem
nationalist
stelle der si
Bürgerturn
jene deu
Schicksal ist
Menschen,
nährt werde
weder Men
neuen Bode

Die nati
rung de
Macht und
dieses Rech
was jeder
lismus
wohl zum

Das Heer der Nichtwähler.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Wer etwa der Meinung ist, die S.P.D. sei die stärkste Partei Deutschlands, der irrt. Denn die „Partei der Nichtwähler“ ist — wie wir aus nebenstehender Skizze ersehen — um rund eine Million Stimmen stärker als die S.P.D., deren überragender Einfluß in der deutschen Nachkriegspolitik sich gerade nicht zum Besten des deutschen Volkes ausgewirkt hat. Wer mit der Entwicklung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht zufrieden ist und seinem Unwillen durch Fernbleiben von der Wahlurne Ausdruck zu geben sucht, der freilich darf sich nicht wundern, wenn sich das Schicksal Deutschlands immer trostloser gestaltet und schließlich in einem Chaos endet, an dessen Herbeiführung gerade die „Partei der Nichtwähler“ einen vielleicht noch größeren Schuldanteil hat als diese oder jene politisch aktiven Parteien. Die Frage, was man denn wählen sollte, ist für den jetzigen Wahlkampf wirklich nicht schwer zu beantworten. Wir haben zwölf Jahr einer Politik hinter uns, die mehr oder weniger unter dem überragenden Gewicht des Marxismus und des linken Zentrumsflügels stand. Wer die Fortführung



dieser Politik, deren Folgen wir bereits alle am eigenen Leibe zu spüren beginnen, ablehnt, der wähle eine der Parteien, die sich klar und eindeutig gegen die weitere Duldung des marxistischen, ultramontanen und börsenkapitalistischen Einflusses auslehnen. Das ist das Entscheidende! Ob diese Parteien, die eine klare antimarxistische Front zu bilden befreit sind, im einzelnen X, Y oder Z heißen, das ist von zunächst nebensächlicher Bedeutung. Es darf in diesem Wahlkampf nicht um die Sonderinteressen dieser oder jener Partei, dieses oder jenes Kandidaten gehen, sondern am nächsten Sonntag geht es um den Bestand der eben erst im Aufkeimen begriffenen Einheitsfront, die nicht nur aus einer Partei besteht. Und das ist gut so!

Wahl	gültige Stimmen	Nichtwähler
1919	36766.5	35949.8
1920	38375.3	38983
1924	41244.7	41244.7
1928	41244.7	41244.7

Der Wahlkampf.

Brüning antwortet.

Die Erwiderung an Braun.
Reichskanzler Dr. Brüning antwortete am Dienstagabend in einer großen Wahlkundgebung des Zentrums im Berliner Sportpalast auf die verschiedenen Fragen, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit wegen seiner zukünftigen Politik an ihn gerichtet worden sind.

Der Kanzler wies darauf hin, daß die Beantwortung an sich sehr einfach sein würde, wenn er an die Fragen den

die Gegenfrage

richte, wie sie sich nach den Wahlen zu der Notverordnung und den Reformplänen der Reichsregierung stellen würden. Da die Beantwortung dieser Gegenfrage aber eine Einschränkung der Agitationsmöglichkeiten bedeuten würde, dürfte sie wohl ausbleiben.

Zu der vom Ministerpräsidenten Braun und auch von den Deutschnationalen gestellten Frage, ob die Reichsregierung unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie regieren wolle, habe er bereits in seiner Ansprache bei der Verfassungsfeier im Reichstag die Antwort gegeben. Er habe damals betont, es komme darauf an, alle Kräfte, die positiv mitarbeiten wollten, zusammenzufassen im Dienste des Vaterlandes. Dieser Antwort hätte er auch heute nichts hinzuzufügen.

Die Welle des Nationalsozialismus.

Hitler-Kundgebung im Berliner Sportpalast.

Berlin, 10. September. Im Berliner Sportpalast fand am Mittwochabend eine große Kundgebung der Nationalsozialisten statt, in deren Mittelpunkt eine Rede Hitlers stand. Schon eine Stunde vor Beginn mußte der Kartenvorverkauf geschlossen und der Sportpalast wegen der Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Nur mit Mühe gelang es Hitler, sich unter den Heulrufen der Menge zu verschaffen. Hitler ging auf die Revolution von 1918 zurück, deren letztes Ziel die Spaltung des deutschen Volkes in marxistische und bürgerliche Kreise gewesen sei. Diesem Treiben tritt nunmehr in Gestalt der nationalsozialistischen Bewegung etwas Neues entgegen, das an die Stelle der sich feindlich gegenüberstehenden Gruppen des Bürgertums und des Proletariats wieder eine geschlossene deutsche Nation schaffen will. Das deutsche Schicksal ist eine Frage der Ernährung von 62 Millionen Menschen, die auf eigenem Grund und Boden nicht ernährt werden können, eine Tatsache, die uns zwingt, entweder Menschen oder Waren auszuführen oder aber neuen Boden zu erwerben.

Die nationalsozialistische Bewegung arbeitet für die Mehrung der Kraft der Nation, weil nur daraus Macht und daraus wiederum nur Recht wird und weil dieses Recht erst wieder die Voraussetzung zu dem ist, was jeder Volksgenosse wünscht. Die Begriffe Sozialismus und Nationalismus lassen sich sehr wohl zum Besten der Gesamtheit vereinen. Wäre das

nicht der Fall, so würde ja jede Hoffnung auf eine Meisterrung der bevorstehenden großen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen verloren sein. So hat auch das Frontkämpfergeschlecht wahres Sozialistenverdröppert. Die Ueberwindung der krassen Gegensätze wird nicht durch wirtschaftliche Prozesse herbeigeführt werden können. Es gilt vielmehr, den Menschen beider Richtungen Ideale in die Brust zu setzen, die größer sind als ihr Egoismus. Bei keiner anderen Partei steht das Volk ohne Unterschied der Klasse so zusammen, wie in der nationalsozialistischen Bewegung. Hitler schloß mit einem Glaubensbekenntnis zum Wesen des Nationalsozialismus, der nicht um Mandate, sondern um die Zukunft und Stärke der deutschen Nation kämpfe.

Nach einem Schlusswort von Goebbels wurde das Horst-Wessel-Lied stehend und mit erhobener rechter Hand gesungen. Dem Parteiführer und seinen Begleitern wurden auch bei der Abfahrt stürmische Huldigungen dargebracht. Beim Abzug der Massen mußten die Schuttpaufgebote mehrfach erneut die Straßen räumen, um den Fahrdamm für den Verkehr freizumachen.

Kommunisten gegen Hindenburg.

Kommunisten belästigen den Polizeiposten vor dem Palais des Reichspräsidenten.

Berlin, 10. September. Am Mittwochabend zog ein starker kommunistischer Trupp durch die Wilhelmstraße. Vor dem Palais des Reichspräsidenten wurde der Polizeiposten von den Kommunisten belästigt und durch Schläge ins Gesicht leicht verletzt. Der Beamte gab aus seiner Dienstpistole einen Schreckschuß ab, worauf die Kommunisten von ihm abließen. Zwischen der Behrensstraße und der Straße Unter den Linden wurde der kommunistische Zug wegen Verletzung der Bannmeilenvorschriften aufgelöst. Da die Kommunisten sich den Anordnungen der Polizeibeamten widersetzen, mußten sie unter Anwendung von Gummiknüppeln auseinandergetrieben werden. Fünf Kommunisten, die heftigen Widerstand leisteten, wurden festgenommen.

Alkoholgegner und Wahl. Vom Guttemplerorden geht uns die Mitteilung zu, daß sowohl der Orden, wie die ihm nahestehenden alkoholgegnerischen Organisationen mit dem in der Presse genannten Wahlvorschlag 21 „Gegen den Alkohol“ in keinerlei Beziehung stehen, daß jedoch den Mitgliedern der alkoholgegnerischen Bewegung empfohlen wird, die Parteien zu wählen, die sich in bisherigen Kämpfen um alkoholgegnerische Gesetze eingesetzt haben.

Briefkasten.

H. in G. D. Mumm kandidiert für den Christlichen Volksdienst in Berlin und steht auch auf der Reichsliste dieser Partei.

Das Völkerbundssekretariat

macht französische Politik.

Genf, 9. September. In deutschen Kreisen wird mit großem Versehen festgestellt, daß die amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats über die Saaraussprache im Völkerbundsrat am Dienstag zwar eingehend die Erklärungen Briands über den französischen Standpunkt bringt, die entscheidenden deutschen Erklärungen des Reichsaussenministers jedoch unterschlägt. Die Mitteilung erwähnt die ausführlichen Erklärungen Dr. Curtius mit einigen wenigen nichtsagenden Zeilen, während von der Rede Briands ein ausführlicher Auszug wiedergegeben ist.

Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats erfolgt offensichtlich in der Absicht, die Unterlage für die Berichterstattung der internationalen Presse und die öffentliche Meinung im Sinne des französischen Standpunktes in der Saarafrage zu beeinflussen. Dies ist ein neuer Beweis für die bereits mehrfach gemachte Erfahrung, daß das Völkerbundssekretariat tatsächlich trotz der deutschen Mitarbeit seine Aufgabe im wesentlichen in der einseitigen Interessenvertretung französischer Ziele sieht.

Nordamerika hat sein Ziel erreicht.

Urburn für enge Zusammenarbeit mit Washington.

Buenos Aires, 11. September. General Urburn erklärte, daß die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und eine aktive Beteiligung an den Arbeiten der Panamerikanischen Union die hauptsächlichsten Ziele seiner Amtsführung sein werden. Urburn stellte ferner in Aussicht, daß er den Vorkämpferposten in Washington besetzen werde, sobald seine Regierung von den Vereinigten Staaten anerkannt sei.

„Resignation.“

Das Sterben im Weißen Schweigen. — Aus Strindbergs Tagebuch.

Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ gibt einen Auszug aus dem Tagebuch Strindbergs, aus dem u. a. hervorgeht, daß die Andree-Expedition am 14. Juli 1897, also drei Tage (!) nach ihrem Ballonaufstieg, auf einer Eishölle landete. (Damals betrug der Dauerflugreford für Freiballons nur elf Stunden. V. Med.)

Strindberg hat auf einer handgezeichneten Karte die Ortsbestimmungen genau angegeben, so daß man die langsame Zerrfahrt der Expedition in südlicher Richtung verfolgen kann. Der Marsch nach Süden dauerte nach den Aufzeichnungen fast drei Monate.

Am 12. September mußte der Proviant rationiert werden, und am 16. September gaben die Forscher den Versuch, den Marsch fortzusetzen, auf.

Am folgenden Tage wurden die Gletscher von Bön benetzt. Die Eishölle, auf der die Expedition eine Schneehütte gebaut hatte, zerbrach am 2. Oktober, und am 5. Oktober wurden die Forscher Gefangene der Injel. Am 6. Oktober brach ein Schneesturm aus.

Nach dieser Aufzeichnung ist nur noch ein Wort vermerkt: „Resignation“. Nach dem 17. Oktober hatten Strindberg die Kräfte verlassen, er war nicht mehr imstande, weiterzuschreiben.

Präsidentenwahl in Genf.

Die Völkerverversammlung im neuen Heim. — Titulescu mit großer Mehrheit gewählt. — Ehrung für Stresemann und Nansen. — Genf, 10. September.

Zum ersten Male wurde heute die Völkerverversammlung des Völkerbundes — es ist die erste — im neuen Verhandlungsaal des Palais Electoral eröffnet, einen für diese Zwecke eigens hergerichteten, mit allen technischen Neuerungen ausgestatteten Monumentalgebäude, das ursprünglich der Versammlung des souveränen Genfer Volks zum Zwecke der Stimmgabe diente. Ein großer Kontrast zu dem düsteren, scheußlichen Reformationsaal, in dem die Völkerverfassungen bisher stattfanden.

Die Delegierten von 52 Staaten, darunter 24 Außenminister und Ministerpräsidenten, nahmen an der heutigen Eröffnungssitzung teil. Vorn in der Mitte sitzt Dr. Curtius mit den deutschen Hauptdelegierten. Rechts von der deutschen Delegation, die diesen bevorzugten Platz dem Alphabet verdankt, sitzt Briand mit den beiden Rechtsministern, die ihm Tardieu mit nach Genf gab. Der gute Kopf des Generals Herzog, des Präsidenten der südafrikanischen Union, der zum ersten Male in Genf ist, fällt auf.

Natspräsident Zumeta,

Delegierter der südamerikanischen Republik Venezuela, hält die Begrüßungsansprache, temperamentvoll trotz des vorgeschriebenen traditionellen Rahmens. Er spricht von der wirtschaftlichen Depression in der ganzen Welt, von dem Fehlschlag der Zollfriedenskonferenz, der Abrüstungsverhandlung, der Flottenkonferenz und dem langsamen Fortschritt kommen auf diesen Gebieten. Mit dem Kriegsschattenspaß, der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und dem Wechselrecht habe der Völkerbund mehr Glück gehabt.

Zumeta gedachte dann der Taten des Völkerbundes, Stresemann und Nansen und widmete beiden herzliche Worte des Gedenkens. Er erinnerte an die große Stresemannrede der letzten Völkerverversammlung und sagte, Stresemann sei ein großer Patriot gewesen, deshalb habe er gewünscht, daß das Wohl jedes Staates untrennlich mit dem Wohl der anderen Staaten verbunden sei. Stresemann habe immer loyal und mit aller Kraft für die Verständigung und den Frieden der Völker gekämpft. In diesem Kampf habe er sich aufgerieben, habe er sein Leben verkürzt, aber seinen Ruhm verewigt.

Ueber Briands Europaplan sagte Zumeta nicht viel, er schloß mit allgemeinen Wünschen für die gemeinsame Arbeit dieser Sitzung im Sinne des Friedens.

Nach der Mandatsprüfung der Delegationen wurde die Wahl des Präsidenten

vorgenommen. Mit der außergewöhnlich großen Mehrheit von 46 gegen 4 Stimmen wurde der frühere rumänische Außenminister und jetzige Gesandte in London Titulescu zum Präsidenten der diesjährigen Völkerverversammlung gewählt. Er dankte für diese große Vertrauensumgebung und trat sein Amt sofort an. Titulescu gilt als der eigentliche Führer der kleinen Entente und der Hüter der Verträge, die Genf als Heiligtum für unanrührbar hält. Von Revisionismus dürfte also nicht viel gesprochen werden, und Briand wird nicht in allzu große Verlegenheit kommen, über sein Tardieu gegebenes Versprechen verhandeln zu müssen. Bezeichnend ist dafür auch die Abreise Grandis, der sich von Mussolini neue Richtlinien holt. Frankreich möchte anscheinend, bevor es sich auf revisionistische Fragen einläßt, die italienisch-französischen Flottenfragen erörtern. Dem ist Grandi nun aus dem Wege gegangen. Der italienische Außenminister hatte vor seiner Abreise noch eine Aussprache mit Dr. Curtius, die angeblich für beide Teile sehr befriedigend war.

Pilsudskis Gewaltstreik.

Sämtliche Oppositionsführer verhaftet.

— Warschau, 10. September.

Der polnische Ministerpräsident Pilsudski hat jetzt einen entscheidenden Schlag gegen die polnische Opposition geführt. In der Nacht zum Mittwoch ist der größte Teil der Oppositionsführer, die infolge der Parlamentsauflösung nicht mehr durch Immunität geschützt sind, verhaftet und auf die Festung Brest-Litowsk gebracht worden. Massenverhaftungen sind weiter in einer Reihe von Orten in Ostgalizien unter den Mitgliedern der ukrainischen Minderheit vorgenommen worden.

Unter den Verhafteten befinden sich u. a. der frühere Ministerpräsident und bekannte Bauernführer Bitos, der rechtsoppositionelle Politiker Dombski, sowie die Sozialistenführer Lieberman und Bar-

licki. Der Sejmarschall Daszynski, der bis zur Neuwahl im Amt bleibt, wurde nicht befehligt, doch ist ihm der Auslandspaß abgenommen worden. Die Verhaftungen erfolgten auf eine Verordnung des Innenministers wegen angeblicher Vorbereitung bzw. Vollendung von Verbrechen gegen das Staatsoberhaupt und gegen die Sicherheit des Staates. Offenbar will Pilsudski alle ihm gefährlichen

Oppositionsführer aus dem neuen Sejm ausschalten, da ein Staatsbürger, der unter Anklage staatsfeindlicher Handlungen steht, für das Parlament nicht kandidieren darf. Den letzten Anlaß zu Pilsudskis Vorgehen, gab der Beschluß der Parteien der Linken und des Zentrums, mit einem gemeinsamen Programm und gemeinsamen Listen in den Wahlkampf zu ziehen.

Alarm aus Jugoslawien.

Warum reiste Grandi von Genf ab?

Alarmnachrichten in Pariser Blättern, nach denen in Belgrad und Laibach die antitalienischen Demonstrationen ungewöhnlich heftige Formen angenommen haben sollen, lassen die Abreise des italienischen Außenministers Grandi aus Genf in einem völlig neuen Licht erscheinen.

Den Behörden soll es nur durch ein Massenaufgebot von Truppen und Polizei möglich gewesen sein, die italienischen Konsulate gegen den Sturm der erregten Massen zu schützen. In Belgrad sollen Tausende von Demonstranten u. a. auch vor das deutsche Konsulat gezogen sein und dort unter Schüssen auf Deutschland eine Sympathiekundgebung zugunsten der unterdrückten Südtiroler veranstaltet haben.

Eine Agenturmeldung aus Triest behauptet, daß die italienische Regierung in den Grenzdistrikten von Triest und Fiume, wo die faschistische Miliz bereits seit Tagen in Alarmbereitschaft steht, die Mobilmachung der vier Reservistenklassen angeordnet habe.

Eine amtliche Befätigung dieser Nachrichten war bis zur Stunde nicht zu erhalten.

Verlorene Zeit in Genf.

„Giornale d'Italia“ über Grandis Abreise aus Genf.

Rom, 11. September. In einer Besprechung der Abreise Grandis aus Genf wendet sich „Giornale d'Italia“ dagegen, daß sie mit der Erklärung Hendersons oder etwa mit dem gegenwärtigen Stand der italienisch-französischen Verhandlungen in Zusammenhang gebracht werde. Nachdem die Arbeiten des Rates beendet seien und die Paneuropafrage erledigt sei, könne in dieser Woche, die die üblichen theoretischen Reden (!) in der Völkerverversammlung bringe, die Tätigkeit des italienischen Außenministers in Rom viel nützlicher sein als seine Anwesenheit in Genf.

Zeppelins Rußlandreise.

Zubeinder Empfang in Moskau. — Wieder auf der Heimfahrt.

Am Mittwochvormittag gegen 10 Uhr ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nach etwas mehr als 24stündiger Fahrt in Moskau glatt gelandet.

Das Luftschiff erschien, von zwei Sowjetflugzeugstaffeln geleitet, um 8 Uhr über Moskau und freiste zwei Stunden über der Stadt, von Hunderttausenden von Zuschauern jubelnd begrüßt. Die schwierige Landung am Landungsplatz wurde mit Hilfe von Mannschaften der Sowjetluftfahrt musterhaft ausgeführt. Auf dem Landungsplatz befanden sich u. a. Vertreter der Zivil- und Militärverwaltung sowie zahlreicher öffentlicher und wissenschaftlicher Organisationen, Mitglieder des diplomatischen Korps, der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie und Pressevertreter.

Der Chef der Luftstreitkräfte der UdSSR, Baranow, begrüßte Dr. Edener namens der Sowjetregierung. Auf dem Flugplatz wurde den Gästen ein Frühstück geboten.

Der „Graf Zeppelin“ verließ Moskau um 2 Uhr nachmittags.

Für Auswanderungslustige.

Amerika verschärft die Einwanderungsbedingungen.

Der amerikanische Präsident Hoover gab bekannt, daß er, um einen der Hauptkanäle der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten zu verstopfen, durch das Staatsdepartement alle Konsulate habe anweisen lassen, jeden Einreiseantrag sorgfältig darauf zu prüfen, ob der Antragsteller auch nicht der amerikanischen öffentlichen Armenpflege zur Last fallen werde.

Unter normalen Verhältnissen habe man sich da mit begnügt, festzustellen, ob ein Einwanderer über genügende Mittel bis zum Bestimmungsort verfüge.

In diesen anormalen Zeiten aber müsse in jedem Falle untersucht werden, ob der antragstellende Arbeiter oder Handwerker auch Aussicht habe, in den Vereinigten Staaten Beschäftigung zu finden. Diese Untersuchung müsse sich auf eine längere Dauer nach seiner Zukunft erstrecken.

Der Präsident fügte noch hinzu, daß von dieser Maßregel die Angehörigen der in Amerika Anlässigen nicht betroffen würden, da sie ja kaum die Armenpflege in Anspruch nehmen würden. Er habe diese Verwaltungsmaßnahme jedoch als Ergänzung des bestehenden Gesetzes getroffen, da nicht abzusehen sei, wann der Kongreß eine Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen beschließen werde.

Futtergerste.

Ermäßigung des Zolles für Gerste zur Viehfütterung.

Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. September 1930, die am 11. September in Kraft tritt, ist der Zoll für Gerste zur Viehfütterung unter Zollfreigabe bis auf weiteres auf 6 RM für einen Doppelzentner ermäßigt worden.

Die Ermäßigung hat zur Voraussetzung, daß nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine der einzuführenden Menge Gerste entsprechende Menge getrennt gemessenen Roggens und Kartoffelflocken von einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmten Stelle in einem von ihm festzusetzenden Verhältnis bezogen wird.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Am Freitagabend 8¼ Uhr spricht Verlagsbuchhändler Kippel bei Nerlich, Bürgerweg, für den Evangelischen Volksdienst.

Bielefeld. Billige Sonderfahrt. Die Reichsbahndirektion Hannover beabsichtigt bei genügender Beteiligung am Sonntag, den 21. September dieses Jahres einen Sonderzug 3. Klasse mit 33½ v. H. Fahrpreisermäßigung von Minden über Bielefeld — Rheda — Lippstadt nach Soest zu fahren und von dort weiter zur Möhnetalsperre.

In Soest ist eine Besichtigung der schönen alten Stadt vorgesehen. Soester Damen und Herren haben sich als Führer zur Verfügung gestellt. Die Führungen finden in kleineren aus höchstens 50 Personen bestehenden Gruppen statt. Im Anschluß an die Führung ist eine Mittagspause eingelegt. Gegen 13.40 Uhr fahren alle Teilnehmer mit Sonderzügen der Ruhr-Rippe-Kleinbahnen von Soest über Niederense zur Möhnetalsperre (Bahnhof Günnel). Hier steht der Nachmittag zur eingehenden Besichtigung des Talsperren-Kraftwerks (ermäßigter Eintrittspreis 0,15 RM), der Talsperre selbst, ferner zu Motorbootfahrten auf dem Talsperrensee und zu kleineren Ausflügen nach Belieben zur Verfügung. In mehreren an der Möhnetalsperre gelegenen Gaststätten kann zwanglos der Kaffee eingenommen werden. Gegen Abend fährt man mit der Ruhr-Rippe-Kleinbahn nach Soest zurück, von wo nach einem kurzen Aufenthalt die Heimreise angetreten wird.

Bethel.

— Dratorienchor. Es wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Generalversammlung heute (Donnerstag) ist und gleichzeitig der Beginn der Proben. Sehr erwünscht ist es, wenn noch neue Sänger hinzukommen. Es fehlt Sopran, Baß und Tenor, darum frisch hinein in unseren Chor.

— Christlicher Verein junger Männer.

Freitag 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen.

Am Sonntag, den 14. Sept., 7½ Uhr findet im Amphitheum ein Lichtbild-Abend statt, gehalten von Herrn Direktor Manger, ausgewiesen aus dem Elsaß. „Land und Leute im Elsaß“ ist das Thema des Abends. Unsere Augen und Gedanken werden hingelenkt auf ein verlorenes Land. Als Abschluß des unruhigen Wahlfesttages können wir diesen Lichtbildabend nur herzlich begrüßen. Im Programm noch musikalische Beigaben. — Herr Manger singt ein Lied in der Original-Uniform eines Fremdenlegionärs. Programm 40 und 20 Pfennig.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Hüttel, Anzeigen: A. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Gebildungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Billiger Sonderzug

3. Kl. mit 33½ v. H. Fahrpreisermäßigung

Sonntag, 21. September 1930

von den Stationen der Strecke Minden — Bielefeld — Rheda nach

Soest

und zur

Möhnetalsperre

Alles Nähere durch das ausführliche Reiseprogramm, kostenlos zu haben bei den Fahrkartenausgaben der obengenannten Strecken.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahndirektion Hannover.

Staatlich geprüfte

Hortnerin

25 J., mit langj. Praxis und guten Zeugn. sucht z. 1. Okt. od. spät. Stellg. in Anst. od. Heim. Angebote unter A 7030 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Für 17jähr., christl. Mädchen, warmherziger Charakter, erf. im Haushalt und bürgerl. Küche, suche ich zum 15. Oktober

Stellung

in christlichem Hause. Da das Mädchen schon viel trauriges erlebt hat, lege ich Wert auf gute Behandlung und Familienansth. Offerten an

M. Briel, Frankfurt a. M., Königsr. 63, ptr., bei Schäfer.

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Gläubiges, kinderloses Ehepaar in schöner, großer Stadt Mitteldeutschlands sucht

Haustochter

Keine gegenseitige Vergütung. Neuer Haushalt, vegetarische Küche. Gemeinschaften und religiöse Vereine am Platze. Nachricht erbeten unter A 7031 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Jung. christl. Mädchen, 19 J., sucht zum 1. 10. 30 oder später Stellung als

Haustochter

zur Erlernung der Küche und des Haushaltes sowie der gesellschaftl. Formen. Nähestm. vorhanden. Mitteilungen unter A 7032 an die Geschäftsst. d. „Aufwärts“.

Liehaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Werbt für den Aufwärts!

Ersteit
0,36 Bielefeld
Ausland um
Eingelium

Nr. 215.

Tue, was d

Der Wahlk
aufmerksam v
Mahnungen z
vergeblich ge
dere von den
einer Leidensc
lich ist. Nicht
ner gegen“ her
ben ist, sonder
teten sich die
sondern auch
und Tote kei
stellten. Was
leistet worden
es als besond
solche Parteie
denen man
Wahrheit un
Wenn man
Zeilen zutrif
land und dort
las, mußte m
das schwerde
Ungunst ande
pression und e
wie kaum ein
geradezu unfr
innere Einig
noch viel zu
bringend zu
ist und der T

Darauf ko
fällt. Pessim
rechts- und l
diese Befürch
keine geeign
wird die ungn
in das Lager
hat eben der
nicht möglich
antwortlicher
sprechen, erh
des Volkes de
und wird sich
bewahrheiten
verlieren, w
voll und gan

Hier entfi
einer Partei
Plan erschei
Ausfall der
als ein Bier
sind bei den
Wahlurne fe
gehören d
sondern fast
welche hint
und mit die
fieren zu ste
migen aufzu
fer „Partei

Viele von i
beherrscht, d
wie es kom
aus T r ä g
chen wieder
und Geld g
zu verurteil
sich ebenfall
fügung stell
Wahl wahr
würde dann
trauen hab
rechts und l
eine Regier
burgs die
Wolk und
über die ab
den ist.

Die Trä
gen, die am
schlechten